

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

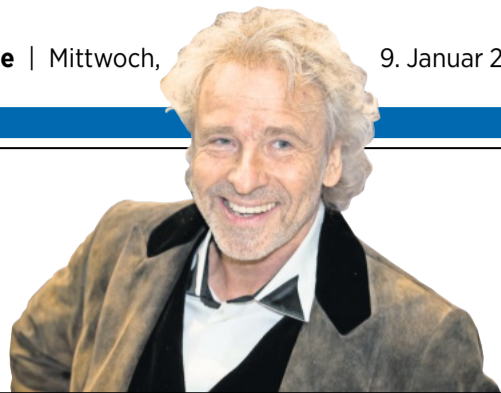
www.lvz.de | Mittwoch,

9. Januar 2019

[GEGRÜNDET 1894]

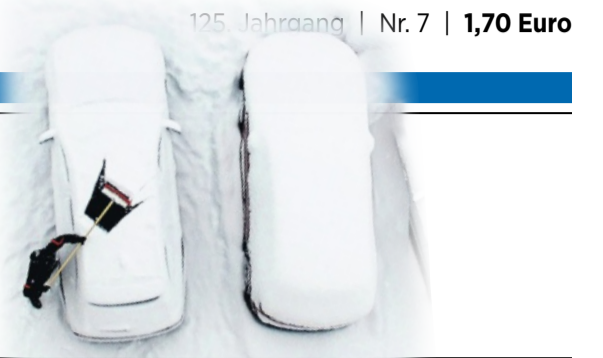
PARTNER IM REDAKTIONSNETZWERK DEUTSCHLAND # RND

125. Jahrgang | Nr. 7 | 1,70 Euro



THOMAS GOTTSCHALKS NEUE ROLLEN
Der 68-Jährige bekommt eine Büchershow und wird Gastjuror bei Heidi Klum **SEITE 11**

DIE ALPEN VERSINKEN IM SCHNEE
Im Sommer fehlte der Niederschlag, der nun im Süden umso stärker niedergeht **AUS ALLER WELT**



Chemnitz: Anklage nach tödlicher Messerattacke

CHEMNITZ. Der gewaltsame Tod des Deutschkubaners Daniel H. (35) am Rande des Chemnitzer Stadtfestes kommt vor Gericht. Gut vier Monate nach der Tat hat die Staatsanwaltschaft Chemnitz gegen einen der drei Verdächtigen Anklage erhoben. Wie die Behörde gestern berichtete, wird dem in Untersuchungshaft sitzenden Syrer Alaa S. (23) gemeinschaftlicher Totschlag sowie gemeinschaftlicher versuchter Totschlag und gefährliche Körperverletzung vorgeworfen. Laut der Staatsanwaltschaft soll der Asylbewerber am 26. August Daniel H. gemeinsam mit dem noch auf der Flucht befindlichen Iraker Farhad R. A. durch Messerstiche getötet haben. Zudem sollen beide einem weiteren Mann eine schwere Stichverletzung im Rücken beigebracht haben.

Nach der Gewalttat war es in Chemnitz zu fremdenfeindlichen Übergriffen, rechten Demonstrationen mit zahlreichen Straftaten wie das Zeigen des Hitlergrüßes und zu Anschlägen auf ausländische Restaurants gekommen. Kurz vor Weihnachten wurde nach Absprache mit der Familie von Daniel H. am Tatort eine Erinnerungstafel in den Gehweg eingelassen. **► Seite 5**

Die erste Chronik von Auerbachs Keller

Im Jahr 2025 wird Leipzigs berühmtestes Restaurant 500 Jahre alt. Erstaunlicherweise existierte bislang keine umfassende Chronik von Auerbachs Keller. Jetzt liegt das Werk vor, das Wirt René Stoffregen gestern am Eingang zum Keller in der Mädler-Passage stolz präsentierte. Autor Bernd Weinkauff hat in vierjähriger Detailarbeit ein vergnügliches und zugleich fundiertes Buch zusammengetragen. **► Seite 17**

Foto: André Kempner



LEITARTIKEL
VON GORDON REPINSKI



Mehr Toleranz statt Gewalt

Im Journalismus ist in jüngster Zeit eine neue Textform entstanden, der Frühfaktencheck. Diesmal geht es um einen AfD-Bundestagsabgeordneten, um Frank Magnitz, der halb zu Tode geprügelt in einem Bremer Krankenhaus liegt.

Noch am Dienstagabend war nicht klar, ob es sich beim brutalen, verurteilungswürdigen Überfall dreier Unbekannter auf Magnitz um ein ideologisch motiviertes Verbrechen handelt oder nicht. Vieles deutet darauf hin, die Vermummung der Täter, ihr Vorgehen. Eine Sonderkommission der Polizei ist im Einsatz und ermittelt. So oder so ist der Angriff auf den Abgeordneten unerträglich.

Unabhängig davon, ob die Intention des Angriffs politisch gewesen ist: Spätestens in den Kommentaren danach ist der Vorfall zum Politikum geworden. Die alltägliche Hetze gegen die AfD sei vor allem für den Angriff verantwortlich, sagten deren Spitzenpolitiker Alice Weidel und Alexander Gauland, andere äußerten sich noch brachialer. Und auf der anderen Seite des politischen Spektrums wurde in Mittelebendungen viel zu oft in Nebensätzen betont, wie furchtbar man die AfD doch finde – und dann eine in Anbetracht der Härte des Vorfalles fast lapidare Bemerkung „aber nicht mit diesen Mitteln“ hinterher geschoben.

Reale Gewalt ist eine Facette des politischen Diskurses in Deutschland geworden. Es ist eine bedrückende Früherkenntnis des Jahres 2019.

Die Spaltung der Gesellschaft ist kein amerikanisches Phänomen, keines französischer Gelbwesten, es gibt sie in fortschreitendem Maße eben auch in Deutschland – und warum sollte das auch nicht so sein. In unerbittlichem Gegenüber treffen beide Seiten auch hier alltäglich im Netz aufeinander. Der Hass sitzt links und rechts, er ist verumtelt oder adrett gekleidet. Millionen virtueller Schläge werden jeden Tag verteilt, es wird gekeilt und gedroht.

Wenn wir diese Zustände bei uns nicht akzeptieren wollen, dann muss die Toleranzschwelle für Gewalt und Hass sinken, schnell und deutlich. Das bedeutet ein härteres Vorgehen gegen Hate-Speech im Netz, eine schnelle und harte Verurteilung politischer Straftaten – die in vielen Bereichen ansteigen.

Es bedeutet aber auch, über die Form der Debatte nachzudenken. Die Aufwiegung mancher Teile der Bevölkerung wird wenigstens in Teilen der AfD in Kauf genommen. Eine schärfere Abgrenzung von Gewalt wäre überfällig. Für alle gemeinsam gilt: Nichts rechtfertigt Gewalt. „When they go low, we go high“; hat Michelle Obama gesagt, mit einem Blick auf Donald Trump und seine Anhänger. „Wenn sie tief schlagen, dann antworten wir mit besonders viel Würde.“

Übersetzt heißt es: Wer Gewalt sät, muss noch mehr Ausgleich, Debatte und Toleranz als Antwort erhalten. So anstrengend das auch manchmal sein mag. Es sind die Werte unserer Gesellschaft. Es gilt sie zu verteidigen. Viel energischer als bisher. Es ist die wichtigste Aufgabe dieser Zeit.

► politik@lvz.de

Nach Anschlag auf AfD-Chef von Bremen mehr Polizei bei Parteitag in Riesa

Politiker Frank Magnitz von Vermummten bewusstlos geschlagen / Sorge um Sicherheit am Wochenende

VON ANDREAS DEBSKI

BREMEN/RIESA. Nach dem brutalen Angriff auf den Bremer AfD-Chef Frank Magnitz warnt das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) in Sachsen vor weiteren Attacken. In einer aktuellen Gefährdungsanalyse, die der LVZ vorliegt, heißt es: „Die AfD wird aufgrund ihrer bisherigen Wahlerfolge von Linksextremisten als bedeutender Akteur eines angeblichen gesamtgesellschaftlichen Rechtsrucks betrachtet, der auf allen Ebenen und mit allen Mitteln bekämpft werden muss.“ Ein Aufruf versuche, Angehörige der linksextremistischen Szene in ganz Sachsen zu militanten Anschlägen zu animieren. Hintergrund ist auch der Anschlag auf ein AfD-Büro in Döbeln in der vergangenen Woche.

In Riesa wächst die Sorge um die Sicherheit beim AfD-Bundesparteitag,

den die Partei ab Freitag in der Elbestadt abhalten will. Dort wird der Polizeischutz verstärkt. Die Polizei sei von morgen bis zum Ende der Veranstaltung am 14. Januar im Stadtgebiet präsent, um vor allem die Sachsenarena als Tagungsort abzusichern. „Rund um die Uhr ist ein Führungsstab eingerichtet, der alles koordiniert. Um bei besonderen Ereignissen schnell reagieren zu können, sitzen auch diese Kollegen vor Ort in Riesa“, sagte Polizeirektor Stefan Dörner. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf den Sonnabend, für den ein Protestzug unter dem Motto „AfD? Adé“ angemeldet wurde. Gebe es Störungen, stünden auch Wasserwerfer bereit.

Wurde brutal zusammengeschlagen: Frank Magnitz (66). Foto: Imago/Hartenfelder

In Bremen haben drei Vermummte in der Nacht zu Dienstag den Landeschef der AfD, Frank Magnitz, auf offener Straße angegriffen und bewusstlos geschlagen. Laut Polizei und Staatsanwaltschaft attackierte eine der Personen den Politiker von hinten, so dass dieser stürzte. Der 66-Jähri-



ge, der seit 2017 auch Bundestagsabgeordneter ist, liegt mit schweren Kopfverletzungen im Krankenhaus.

Politiker aller Parteien äußerten sich erschüttert. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier reagierte bestürzt. In einem Brief an Magnitz schrieb er: „Jede Form der Gewalt gegen Mandatsträger ist ein Angriff auf unseren Rechtsstaat. Dem müssen wir uns geeint und entschlossen entgegenstellen.“ Auch Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) betonte: „Gewalt kann und darf niemals Mittel politischer Auseinandersetzung sein.“ Außenminister Heiko Maas (SPD) schrieb, wer ein solches Verbrechen verübe, müsse „konsequent bestraft werden“. Linke Bundestagsfraktionschef Dietmar Bartsch erklärte, es gebe „keine Rechtfertigung für ein solches Verbrechen“. **► Leitartikel/Seiten 2, 4 und 16**

Trotz Einwände der USA: Erdogan plant in Syrien Militäroffensive gegen die Kurden

ANKARA. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan plant weiter eine Militäroffensive in Syrien. Die Vorbereitungen seien weitgehend abgeschlossen, sagte Erdogan gestern, als der nationale Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, John Bolton, sich in Ankara bemühte, die Türkei von einem Angriff auf die Kurdenmiliz YPG abzuhalten. Erdogan sagte, die Türkei könne keine Zugeständnisse machen. „Die, die an

einem Terrorkorridor beteiligt sind, werden die notwendige Strafe erhalten“, sagte Erdogan im Parlament.

Die Türkei betrachtet die YPG als Terrorgruppe, doch für die USA ist die Kurdenorganisation eine Verbündete im Kampf gegen die IS-Terrormiliz. Dass die YPG nicht angegriffen wird, ist laut Bolton eine „Bedingung“ des angekündigten US-Rückzugs aus Nordostsyrien. Die Zusicherung dafür gab Ankara aber nicht.

Datenklau im Netz: Hacker (20) legt Geständnis ab und bleibt auf freiem Fuß

WIESBADEN. Im Zusammenhang mit der massenhaften Veröffentlichung privater Daten von Politikern und Prominenten haben die Ermittlungsbehörden einen dringend Tatverdächtigen aufgespürt, der die Taten gestanden hat. Der 20-jährige Schüler aus Mittelhessen „hat die gegen ihn erhobenen Vorwürfe umfassend eingeräumt“, teilten die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main und das Bundeskriminalamt in Wiesba-

den mit. Der Beschuldigte habe auch bei der Rekonstruktion schon vernichteter Daten seiner eigenen Straftaten Aufklärungshilfe geleistet. Aufgrund der Aussagen des jungen Mann sehen die Ermittler „kein dominantes politisches Motiv“.

Der 20-Jährige lebt noch mit seinen Eltern zusammen. Nach seiner Vernehmung wurde er mangels Haftgründen wie Flucht- oder Verdunkelungsgefahr wieder auf freien Fuß gesetzt. **► Seite 3**

Viele Leipziger bekommen keinen Termin mehr beim Hausarzt

Andrang in bestimmten Stadtteilen besonders groß / Experte Lipp kritisiert „allgemeine Missorganisation“

VON THERESA HELD

LEIPZIG. Leipzigs Hausarztpraxen platzieren aus allen Nähten. Viele Allgemeinmediziner nehmen keine neuen Patienten mehr auf. Das ergab eine Umfrage der LVZ. Dabei ist der Andrang bei einzelnen Ärzten oder in bestimmten Stadtteilen besonders groß.

So ist Dr. Jürgen Flohr, Allgemeinmediziner mit einer Praxis in Stötteritz, „gut ausgelastet“. Er nimmt lediglich noch neu nach Leipzig gezogene Patienten auf, ansonsten ist ein Arztwechsel in seine Praxis nicht mehr möglich. „Zu viele Patienten kann man nicht behandeln“, sagt er, „eine individuelle Betreuung ist sonst nicht mehr möglich.“ Zahlreichen Kollegen ginge es ähnlich, berichtet Flohr,

der zugleich dem Vorstand des Gesundheitsnetzes Leipzig angehört.

Die starke Auslastung der Ärzte hat unterschiedliche Gründe: Zum einen gibt die Bedarfsplanung nicht vor, in welchem Stadtteil sich Mediziner niederlassen müssen. Sie bezieht sich auf die gesamte Stadt als Planungsbereich. Und da ist der Versorgungsgrad mit 108,8 Prozent hoch.

Aber auch Hausärztin Julia Mank nimmt keine neuen Patienten mehr auf. Zwischen fünf und zehn neue Patienten fragen täglich nach Terminen in der Praxis in Altlindenu. Grund

sei der Zuzug in den Stadtteil, vermutet Carsten Mank, der sich um die Terminvergabe kümmert. Mehr als 6000 Patienten sind in der Praxiskartei gespeichert. An einem normalen Montag im Winter behandeln seine Frau und die Assistenzärztin etwa 60 Patienten. Offiziell hat die Praxis von 8 bis 12 Uhr geöffnet, ohne Überstunden sei der Andrang nicht zu bewältigen.

Michael Geisler, hausärztlich tätiger Internist in Plagwitz, nimmt ebenfalls keine neuen Patienten mehr auf. Mit Hausbesuchen, Fortbildungen und Behandlungen

kommt er auf etwa 60 Arbeitsstunden pro Woche. Vor drei Jahren habe er noch 800 Patienten pro Quartal behandelt, mittlerweile seien es 1350. Dr. Thomas Lipp, Chef des Sächsischen Hartmannbundes, führt die Auslastung auch auf die allgemeine Missorganisation medizinischer Versorgung in Deutschland zurück. Schon allein wegen der Quartalsabrechnungen bestellen Ärzte ihre Patienten vier Mal jährlich, nur so kann der Arzt die Leistung mit der Krankenkasse abrechnen. „Eine quartalsunabhängige Versorgung wäre wesentlich angemessener“, findet Lipp. Damit wäre auch die Zusammenarbeit zwischen Haus- und Facharzt besser organisierbar. „In Leipzig müssen zwischen 30 und 40 Prozent der Patienten eigentlich nicht dringend zum Arzt“, sagt

der Allgemeinmediziner. Auch sei Einsamkeit ein großes Problem und der Arztbesuch für ältere Menschen häufig der einzige soziale Kontakt. Damit Praxen entlastet werden, plädiert Lipp dafür, dass alle Patienten weniger Krankenversicherung zahlen, dafür aber die eingesparte Summe zum einzelnen Arztbesuch besteuern müssen.

Prof. André Gries, Leiter der Zentralen Notfallaufnahme des Uniklinikums Leipzig, sieht in medizinischen Zentren eine Lösung des „Ressourcenproblems“. Gries stellt die Doppelstruktur von Akut- und Notfallmedizin sowie niedergelassenen Ärzten infrage. Patienten wollten rund um die Uhr versorgt werden. Gerade in großen Städten gingen viele darum direkt in Notaufnahmen. **► Seite 15**

THEMEN

LEIPZIG

Events im Überblick: Was bis Juni in der Stadt los ist

LEIPZIG. Das Festjahr zum 200. Geburtstag von Clara Schumann, 100 Jahre Bauhaus, 30 Jahre Friedliche Revolution – das sind alles Höhepunkte im Veranstaltungsjahr 2019 in Leipzig. Was sonst los ist? Die LVZ stellt heute die wichtigsten Events des ersten Halbjahres vor. **► Seite 18**

SACHSEN

Rechtsextreme Vertriebe stützen die Nazi-Szene

LEIPZIG. In Sachsen gibt es laut dem Innenministerium sieben Online-Versandhändler, die als rechtsextremistisch eingestuft werden. Diese bieten nicht nur viel rechtes Merchandising, sondern unterstützen die Szene laut Verfassungsschutz teils auch finanziell. **► Seite 4**

WIRTSCHAFT

Bäckereikette Frischback ist schon wieder pleite

ARNSTADT. Die Bäckereikette Frischback, die auch Filialen in Leipzig, Marktleeburg und Altenburg hat, ist zum wiederholten Mal pleite. Erst vor neun Monaten hatte die Firma die Insolvenz abgeschüttelt. Der Geschäftsführer Alfred Heyn will das Unternehmen erneut in Eigenregie sanieren. **► Seite 7**

FINANZEN

DAX	TecDAX	EUR/USD
10 803,98	2519,10	1,1440
(+0,52%)	(+0,29%)	(-0,04%)

WETTER

MI	DO	FR
3° 0°	0° -3°	3° 1°

LVZ-KONTAKT

Telefon 0341 2181-0
Abonnenten-Service 0800 2181-020*
Ticket-Service 0800 2181-050*

www.lvz.de
LVZ Leipziger Volkszeitung
@LVZ

*Kostenlose Servicenummern

